

## Pressekonferenz am 3. Juli 2023

anlässlich der Vorstellung des

### Jahresberichtes 2022 Teil 2

des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt

zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2021

sowie zu den Ergebnissen ausgewählter Prüfungen

#### -KURZFASSUNG-

##### Steigende Zinsen belasten den Haushalt

Der vorliegende Jahresbericht dient der Entlastung des Haushaltes der Landesregierung für das Jahr 2021. Darüber hinaus befasst er sich mit dem Abschluss des Haushaltsjahres 2022. Hier standen sich Einnahmen und Ausgaben in Höhe von rd. 13,4 Mrd. € ausgeglichen gegenüber. Zudem erfolgte mit 776 Mio. € die höchste Schuldentilgung seit 1990.

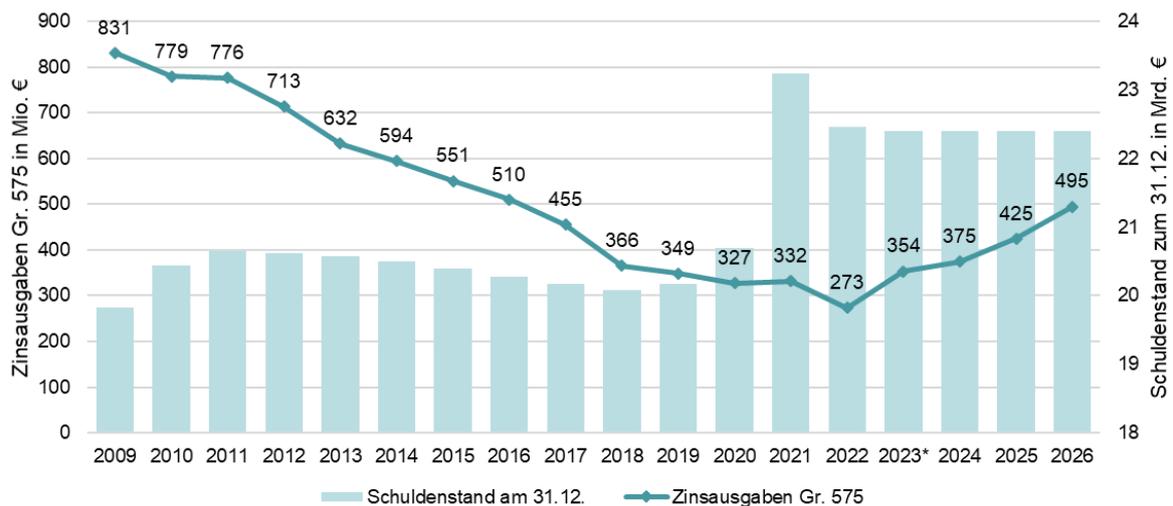
Also alles im grünen Bereich? Mitnichten!

Zum einen bewegte sich der Etat erneut auf einem Rekord-Niveau. Er war – vernachlässigt man einmal die Corona-Kredite 2021 – erneut größer als sein Vorgängerhaushalt. Auf der Einnahmenseite gab es aufgrund der inflationsbedingten Mehreinnahmen zwar ein saftiges Plus. Trotzdem bleibt die Ausgabenseite aufgrund der fehlenden Prioritätensetzung weiterhin problematisch.

Zum anderen ergab sich die hohe Schuldentilgung zwangsweise aus den konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen. Konjunkturbedingte Schulden aus schlechten Zeiten müssen in guten Zeiten, nach dem Mechanismus der Schuldenbremse, wieder getilgt werden. Die Schuldentilgung war damit also nicht das Ergebnis irgendeiner Sparanstrengung der Landesregierung. Fakt ist: Der Schuldenabbau ist dringend notwendig, er darf aber kein Strohfeuer sein. Diese Gefahr besteht, vor allem mit Blick auf die aktuelle Zinsentwicklung. Denn der Schuldenberg des Landes ist nach wie vor so riesig (22,5 Mrd. €), dass jede 0,5%ige Leitzinserhöhung zur

echten Belastung wird. Seit 1990 hat das Land schon mehr als 18,3 Mrd. € für Zinsen ausgegeben, ohne den Schuldenberg zu verringern. Aufgrund der Zinswende wird dieser Umstand nun richtig teuer.

Ein Beispiel: Im Jahr 2009 (Finanzkrise) war der Schuldenberg des Landes noch 2,6 Mrd. € niedriger als Ende 2022, trotzdem betragen die Zinsausgaben damals gut das Dreifache.



Wie die Grafik zeigt, hält auch das Ministerium der Finanzen in seiner mittelfristigen Finanzplanung einen Anstieg der Zinsausgaben um rund 220 Mio. € bis 2026 für realistisch. Jetzt rächt sich, dass viele Jahre hintereinander die Chance vertan wurde, einen Teil der Rekordsteuereinnahmen zur Schuldentilgung zu nutzen oder Rücklagen für schlechtere Zeiten zu bilden.

### Hohe Verluste und wenig Beschäftigung

Straftäter in Haft werden in Sachsen-Anhalt von einem eigenen Landesbetrieb unterrichtet und ausgebildet - vom Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG). Der LBBG agiert nach kaufmännischen Gesichtspunkten. Er unterhält in den Justizvollzugsanstalten Burg, Volkstedt und Halle sowie in der Jugendanstalt Raßnitz Niederlassungen mit Beschäftigungs- und Bildungsbetrieben. U. a. werden Gefangene für Schlosser,- Tischler- oder Schneiderarbeiten eingesetzt. Zudem können jugendliche Straftäter hier einen Schul- oder Berufsabschluss erwerben.

Seit Jahren wirtschaftet der Landesbetrieb stark defizitär. Dabei ist er vor 15 Jahren mit dem Ziel der Vollkostendeckung in verschiedenen Bereichen angetreten. Dieses Ziel musste der LBBG allerdings schnell wieder aufgeben. Im Jahr 2016 kostete die Beschäftigung (Arbeit bzw.

Bildung) eines Gefangenen das Land rund 8.500 €, drei Jahre später waren es 10.400 € und 2021 sogar 12.500 €. Tendenz steigend. Allein im Prüfungszeitraum (2016 bis 2019) betragen die Betriebsverluste des LBBG rund 40 Mio. €. Das Land musste sie ausgleichen.

Ebenfalls seit Jahren hat der LBBG mit Personalmangel und hohem Krankenstand zu kämpfen. Dies hat nicht nur erhebliche negative Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit, sondern auch auf die Aufgabenerfüllung des Landesbetriebes. So betrug die Beschäftigungsquote 2021 gerade einmal 51 %. Wir erwarten vom Justizministerium diesen Entwicklungen konsequent entgegenzusteuern.

### Neustrukturierung der Straßenmeistereien verschlingt Millionen Euro

Am 1. Januar 2021 hat der Bund die Verwaltung der Bundesautobahnen (Planung, Bau, Betrieb und Erhaltung) von den 16 Ländern übernommen. Die zuständige Infrastrukturbehörde ist die „Autobahn GmbH“, seither Europas größter Autobahnbetreiber. Was für eine Herkulesaufgabe diese Neuordnung war und ist, verdeutlichen folgende Zahlen: Es geht um mehr als 13.000 Autobahnkilometer, über 150 Meistereien und fast 15.000 Menschen, die in vielfältigsten Formen an den deutschen Autobahnen arbeiten.

Ein besonderes Problem bei der Entflechtung der Strukturen sind die Mischmeistereien, also Meistereien, die sowohl für Autobahnen als auch für Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zuständig sind. In Sachsen-Anhalt gibt es drei davon. Da Mischmeistereien generell aufgelöst werden sollen, wurde nun in Bernburg eine komplett neue Meisterei für über 14 Mio. € konzipiert. Diese soll den Standort Plötzkau ersetzen.

Eine weitere Straßenmeisterei in Berga soll als Ersatz für die Mischmeisterei in Oberröblingen entstehen. Geschätzte Kosten dafür - 9 Mio. €. Und auch für den Standort in Wernigerode wird nach Alternativen gesucht. Hier sind die Planungen und damit die Kostenschätzungen noch nicht abgeschlossen. Fakt ist: Teure Neubauten sollen funktionierende Strukturen ersetzen, während sich auf manchen Straßen im Land weiterhin Schlagloch an Schlagloch reiht.

Tatsächlich gebaut wurde übrigens noch keine der drei Meistereien, obwohl die Reform seit 2017 beschlossene Sache ist. Zudem hat die Straßenbauverwaltung des Landes nicht geprüft, ob eine Verwaltung der Landes- und Bundesstraßen durch die Landkreise womöglich wirtschaftlicher wäre, als die eigene Aufgabenerledigung. Hier müssen unserer Ansicht nach unbedingt Alternativen untersucht werden.

